

Ländern wie die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in Frankreich praktizieren das seit Jahren. Bis jetzt verhindert vor allem der Fischerverband der Fukushima-Präfektur diese Verklappung. Das Gelände für die Tanks wird jedoch langsam knapp, so dass wahrscheinlich auf Empfehlung der Kommission für Reaktorsicherheit im nächsten Jahr damit begonnen wird.

Erneuerbare Energie

2017 betrug der Anteil der erneuerbaren Energie am Strom in Südkorea lediglich 3,4 Prozent. Dem Wahlversprechen des Präsidenten Moon zufolge soll er 2030 20 Prozent erreichen, aber das ist noch nicht offiziell vom Parlament verabschiedet. Jedoch wird es nicht einfach sein wegen des gewaltigen Machtblocks der Atomenergie in der Industrie, die mit billigem Strom ihren Wettbewerbsvorteil sichern will. Wenn Präsident Moon zukunftsorientiert seine Politik fortsetzt, könnte er allerdings einen Teil der Industrie gewinnen. Die koreanische Industrie hat ein gewaltiges Zukunftspotential: zum Beispiel mit der Batterie-Technologie von Samsung und LG. In Deutschland werden zunehmend stationäre Speicherzentren für erneuerbare Energie benötigt und auch gebaut, bis jetzt mit Batterien koreanischer Hersteller. Der koreanische Autohersteller Hyundai verkauft sowohl Elektroautos als auch Brennstoffzellenfahrzeuge. Der politische Wille zur Energiewende in Korea ist da, sie könnte schnell realisiert werden. Im Gegensatz zu Japan, dessen konservative Regierung an der Atomenergie festhält. Der vor kurzem vom japanischen Wirtschaftsministerium veröffentlichte Energiemix für 2030 sieht nur einen Anteil erneuerbarer Energie von 22 bis 24 Prozent (Atom 20 bis 22 Prozent) vor, obwohl 2017 bereits 14,4 Prozent erreicht wurden. Präsident Moon sieht für Südkorea



Das Wolsong-AKW in Südkorea und Frau Hwang Boon-hee
Fotos: H. Fukuzawa

20 Prozent für 2030 vor, ausgehend von 4,4 Prozent im Jahr 2017.

In Südkorea kämpft der Dachverband KFEM (Korea Federation for Environmental Movements) gegen Atomkraft. 1993 während der Demokratisierungsbewegung gegründet, setzt er sich als nichtstaatliche Umwelt- und Naturschutzorganisation mit 80.000 Mitgliedern und Mitglied der Friends of the Earth (FoE) International ein für Lebensqualität, Frieden, Umweltschutz, harmonisches Leben mit der Natur und basisdemokratische Aktivitäten. Inzwischen besteht sein Netzwerk aus 50 Ortsgruppen, die die Politik von Präsident Moon zivilgesellschaftlich unterstützen.

Es wäre wunderbar, wenn es Moon gelingen würde, sowohl die friedliche als auch die

kriegerische Nutzung der Atomenergie aus der koreanischen Halbinsel zu verbannen.

Dann zögen die Friends of the Earth International um den 38. Breitengrad ein „Grünes Band“, ähnlich dem an der Grenze zwischen DDR und BRD nach der Wiedervereinigung. Mit diesem Versprechen auf das drei Länder-Projekt verabschiedeten wir uns: Choony Kim, Hubert Weiger, Richard Mergner, Martin Geilhufe und der Autor dieses Berichts [8].

1. Eingeladen von der südkoreanischen Bürgerinitiative gegen das AKW in Wolsong wurden der Vorsitzende des BUND Hubert Weiger, der Landesbeauftragte von Bayern Richard Mergner, Martin Geilhufe und der Autor dieses Berichts. Choony Kim, Auslandsbeauftragte der FoE Korea, betreute uns sehr freundlich.

2. siehe: 満田夏花 (Kanna Mitsuta) 『脱原発を求める人々の力。エネルギー革命は実現するか』(Kraft der Menschen, die einen Ausstieg aus der Atomenergie fordern. Ob ihnen eine Energieevolution gelingt), NGO FoE Japan, 2018, S. 8-9.

Außerdem möchte ich mich bei Kanna Mitsuta bedanken, dass ich sehr viele Informationen aus ihrer Broschüre bekommen habe.

3. Diese Methode versuchte die japanische Noda-Regierung 2012 über die Zukunft der Atomkraft einzusetzen, konnte sie jedoch politisch nicht umsetzen.

4. siehe: 満田夏花 (Kanna Mitsuta), S. 11

5. siehe: 「韓国、UAEと軍事密約か(Südkorea, gab es mit VAE das Geheimabkommen einer Militärhilfe?)」 Kyodo, <https://this.kiji.is/323450098875040865>

6. siehe: „Die falsche Bewertung von Tritium“. Thomas Dersee, Strahlentelex 756-757 v. 5.7.2018, S. 1-4.

www.strahlentelex.de/Stx_18_756-757_S01-04.pdf

7. siehe: 満田夏花 (Kanna Mitsuta), S. 25

8. Ich bin Mitglied der FoE Japan ●

Atomwirtschaft

Subventionen für die Atomindustrie sind rechtens

Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes

Die Atomindustrie in der EU darf weiter auf Milliarden-Subventionen bauen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) wies am 12. Juli 2018 eine Klage Österreichs gegen staatliche Finanzhilfen für das britische Atomkraftwerk Hinkley Point C ab.

Eine Förderung der Kernenergie auch mittels Anreizen decke sich mit dem Ziel der Euratom-Gemeinschaft, Investitionen im Bereich der Kernenergie zu erleichtern, urteilte nun das Gericht. Außerdem

haben jedes Land in der EU das Recht, zwischen verschiedenen Energiequellen zu wählen. Das Urteil sorgte für Empörung bei Grünen und Umweltschutzverbänden.

Hinkley Point C ist der erste AKW-Neubau in Großbritannien seit Jahrzehnten. Das Atomkraftwerk soll 2023 ans Netz gehen. Aus Sicht Österreichs, das keine Atomkraft-

werke hat, sind alternative Energieformen förderungswürdig, nicht aber die Kernkraft. Außerdem sei die Förderung wettbewerbsverzerrend, hieß es 2015 zur Begründung der Klage. Die EU-Kommission hatte die britischen Beihilfen 2014 genehmigt. Österreich hat eine ähnliche Klage gegen den Ausbau des ungarischen Atomkraftwerks Paks eingebracht.

Der EuGH stützte sein Urteil auf den Euratom-Vertrag von 1957, der die Förderung der Atomkraft erlaubt. Großbritannien hatte den AKW-Betreibern einen hohen garantierten Einspeisetarif für 35 Jahre zugesagt. Nach Berechnungen von Greenpeace lässt sich die britische Regierung den Reaktor in dieser Zeit rund 108 Milliarden Euro an Subventionen kosten, bei Bau-

kosten in Höhe von etwa 10 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, daß das zivile Atomprojekt in Wirklichkeit der Quersubventionierung des britischen Atomwaffenprogramms dient. ●

Atomwirtschaft

Reaktorsicherheitskommission steht wegen ihrer Stellungnahme zu den belgischen Reaktoren Doel 3 und Tihange 2 in der Kritik

Mitglieder der RSK sind beruflich befangen. RSK-Vorsitzender Wieland zum Rücktritt aufgefordert.

Die Reaktoren Doel 3 und Tihange 2 in Belgien seien weitgehend unbedenklich – so urteilt ein Gutachten der deutschen Reaktorsicherheitskommission (RSK). Doch daran haben Mitarbeiter eines Atomkonzerns mitgewirkt, der von einem Weiterbetrieb der Reaktoren profitieren würde. Darauf machen Anti-Atom-Initiativen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die Ärztevereinigung IPPNW und der Naturschutzbund Nordrhein-Westfalen (NABU) in gemeinsamen Erklärungen vom 18. und 19. Juli 2018 aufmerksam.

Daß in der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK), dem Beratungsgremium der Bundesregierung in Sachen Atom-sicherheit, auch Vertreter der Atomindustrie sitzen, ist zwar nicht neu, genauso wenig wie die Befürchtung, daß es dadurch zu Interessenkonflikten kommt. Die Satzung der RSK sieht deshalb vor, dass bei Verdacht der Befangenheit einzelne Mitglieder der Kommission von bestimmten Bera-

tungen ausgeschlossen werden sollen. Im Falle des aktuellen Gutachtens, das die Reaktoren Doel 3 und Tihange 2 trotz ihrer zahlreichen Risse in den Druckbehältern als weitgehend unbedenklich erscheinen lässt, ist das aber nicht geschehen. Zwei Mitarbeiter des Atomkonzerns Framatome saßen in dem federführenden Ausschuss „Druckführende Komponenten und Werkstoffe“ (DKW), der dieses Gutachten erarbeitet hat. Der Vorsitzende der RSK, der Diplom-Ingenieur Rudolf Wieland, sieht darin, ebenso wie das Bundesumweltministerium, jedoch keinen Anlass für den Verdacht der Befangenheit. Er sehe diesen „nur dann, wenn die so eingebunden sind, dass sie in dem Thema auch bei ihrem Arbeitgeber irgendwie mit diesem Thema involviert sind“, sagte er gegenüber der Presse. „Wenn das nicht der Fall ist, sehe ich da auch keinen Anlass.“

Gemäß Paragraph 10 der RSK-Satzung sind Mitglieder, die „gegen Entgelt“ bei einem zu untersuchenden Unternehmen „beschäftigt sind“ und in der „zur Beratung anstehenden Angelegenheit einen unmittel-

baren Vorteil oder Nachteil haben (können)“, bereits von der Beratungstätigkeit an sich auszuschließen und nicht erst von den Abstimmungen.

Aktive und langjährige Areva-/Framatome-Mitarbeiter in der RSK

Intensive Recherchen hatten es an den Tag gebracht: In der deutschen Reaktorsicherheitskommission (RSK) haben auch führende Mitarbeiter von Electricité de France (EDF)/Framatome (ehemals Areva) in Erlangen an der Stellungnahme zur angeblichen Sicherheit von Tihange 2 und Doel 3 mitgearbeitet.¹

In besagtem RSK-Ausschuss sitzen konkret der EDF/Framatome-Standortleiter von Erlangen, Rainer Hardt, sowie die Erlangener Framatome-Mitarbeiterin Dr. Renate Kilian. Diese ist zudem Mitglied der 16-köpfigen Gesamt-RSK. Dort sitzen mit Uwe Stoll und Uwe Waas zwei weitere langjährige Mitarbeiter von Framatome bzw. der Vorgängerfirma Areva, welche die Atomstandorte Erlangen und Lingen bis zur Übernahme durch EDF Anfang 2018 betrieb.

Stoll ist heute technisch-wissenschaftlicher Geschäftsführer der ebenfalls an der RSK

und dem Gutachten beteiligten Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS). Stoll und Waas haben 2012 ein Gutachten für ihren damaligen Arbeitgeber Areva zu den Folgen von Fukushima verfasst, in dem sie die Reaktorkatastrophe herunterspielen und darin primär neue Geschäftsmöglichkeiten für Areva entdecken. Eine Folge ist zum Beispiel die 2016 erfolgte Beauftragung von Areva (jetzt Framatome) in Erlangen zur Modernisierung der Sicherheitsleittechnik für Doel 1 und 2. Stoll und Waas sind aufgrund ihrer beruflichen Biografie ebenfalls als befangen anzusehen.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen weisen darauf hin, dass auch mehrere weitere Mitglieder der RSK beruflich in bedenklicher Nähe der belgischen AKW-Betreiber und von EDF/Framatome agieren.

So arbeiten mehrere Personen für EON/Preussen Elektra, unter anderem der AKW-Leiter von Brokdorf, Uwe Jorden. EON ist Anteilseigner des Gronauer Urananreicherers Urenco, der wiederum angereichertes Uran für die belgischen AKW liefert und damit ebenfalls am Weiterbetrieb der belgischen Pannereaktoren interessiert ist.

Die Framatome-Tochter ANF im niedersächsischen Lingen liefert seit Jahren die Brennelemente für Doel 1, 2 und 3 sowie für Tihange 2. Ohne die Aufträge aus Belgien stünde die Framatome-Brennelementefabrik in Lingen wahr-

¹ RSK-Stellungnahme: Bewertung der Sicherheitsnachweise für die Reaktordruckbehälter der belgischen Kernkraftwerke Doel-3 / Thiange-2 (503. Sitzung der RSK am 23. 05.2018), <http://www.rskonline.de/sites/default/files/reports/epanlagersk503h.pdf>